

Bertram Schröter

34 Göttingen
Goßlerstraße 66 A
den 9. Oktober 1963

An :

Heinz Bandow, 3392 Clausthal-Zellerfeld, Zipfel 17 bei Repschläger
Sigrid Gunkel, 2 Hamburg-Harburg, Hoppenstedtstraße 22
Peter Jesse, Gunten am Thuner See / Schweiz, Postfach 8
Peter Keller, 4 Düsseldorf-Holthausen, Dechenweg 56 D
Michael Lehmann, 2 Hamburg 39, Heidberg 60
Friedrich W. Michelsen, 29 Oldenburg i. O., Roggemannstraße 20
Marianne Reiff, 1 Berlin 26, Wilhelmsruher Damm 237
Helmut Reimer, 56 Wuppertal-Barmen, Nommensenweg 19
Gretel Schoen, 8 München 27, Gellertstrasse 10
Hans-Ulrich Smoltczyk, 2 Hamburg - Groß Flotbek, Papenkamp 6
Gisela Steinmetz, 2 Hamburg - Rissen, Gudrunstraße 8
Ilse Stichling, 2 Hamburg - Volksdorf, Waldreiterring 29
Helmut Voos, 215 Buxtehude, Jahnstraße 36 bei Diekmann
Helmut Züfle, 5 Köln - Kalk, Postfach 193

Liebe Freunde !

habt Dank für Eure Postkarten und Briefe auf und in denen Ihr zu Fiete Michelsens "Offenem Brief" oder auch nur allgemein zur Frage von Diensten in der DDR Stellung genommen habt.

Fiete mit eingerechnet waren es insgesamt zwölf Freunde, die eine außerordentliche Mitgliederversammlung beantragten. Dies genügte leider nicht für deren Einberufung, die Satzung schreibt mindestens 30 Unterschriften für einen solchen Antrag vor. Außerdem wären wir in Terminschwierigkeiten geraten, da die Einladung zu einer a.o. Mitgliederversammlung vier Wochen vorher den Mitgliedern zugehen soll und das Mitteilungsblatt mit Fietes Brief erst in den letzten Augusttagen herauskam. So blieb das Treffen in Offenbach nur eine "Herbsttagung", was der Diskussion über die DDR aber sicher keinen Abbruch tat.

In Offenbach fanden sich rund 60 Freunde zusammen, leider waren von den oben genannten nur Ilse Stichling und Helmut Reimer dabei, um ihre Meinung persönlich zu vertreten. Ihr solltet Euch jedoch darüber im Klaren sein, daß kein noch so guter Brief Eure Meinung in der Diskussion ersetzen kann und ich möchte wünschen, daß es Euch möglich sein wird, an der kommenden Mitgliederversammlung am 21. und 22. März 1964 in Wiesbaden teilzunehmen.

Doch nun muß ich Euch noch kurz über unser Treffen in Offenbach berichten, denn die dort versammelten Mitglieder beschlossen zu meinem Erstaunen ganz spontan, daß im Mitteilungsblatt über die DDR-Diskussion nur ein kurzer Bericht erscheinen soll, welcher sicherlich wesentliche Punkte nicht erwähnt.

Adolf Spaniel berichtete in Offenbach in chronologischer Reihenfolge von der Entwicklung in Sachen DDR. Er stellte fest, daß von der Mitgliederversammlung bisher keine Beschlüsse gefaßt wurden, die dem Vorstand eine bestimmte Richtung oder ein bestimmtes Ziel nennen. So beschloß auch die letzte Mitgliederversammlung im März 63 lediglich : "die weitere Entwicklung des vom IC angebahnten Projektes (Durchführung eines Sommerdienstes nahe Potsdam) s o l l a b g e w a r t e t w e r d e n".

Unter diesen Umständen mußte der Vorstand selbst nach dem richtigen Weg suchen. Hierbei hat er zwar sicherlich keine großen Taten vollbracht, die Proteste von beiden Seiten – für und wider eine deutsche Beteiligung – zeigen jedoch, daß es ihm wohl gelungen ist, einen Mittelweg einzuschlagen.

Einer der Ansatzpunkte der Kritik war die mangelnde Berichterstattung des Vorstandes über die gefaßten Beschlüsse. Der Vorstand stellte jedoch fest, daß es einfach nicht möglich und außerdem untunlich war, zu einer Zeit zu berichten, in der verschiedene Dinge noch im Fluß waren. So konnten wir sicher nicht vorher im Mitteilungsblatt berichten, was der Vorstand auf die zustimmende Stellungnahme, die ablehnende oder die Stimmhaltung des Familienministeriums zu tun beschlossen hatte. Außerdem hätte sich der Vorstand bei einer zu positiven Stellungnahme gegenüber einem DDR-Lager nicht zu Unrecht dem Vorwurf ausgesetzt, andere Interessen des IZD zu vernachlässigen. Gerade darauf wurde wiederholt hingewiesen, denn die unternommenen Schritte sollten weniger als eine "Kapitulation vor -" oder ein "Verkauf an die Regierung" angesehen werden, sondern auch unter dem recht materialistischen Gesichtspunkt von Aufwand und Ertrag ! Um es noch deutlicher zu sagen : der Vorstand war nicht willig, ohne einen entsprechenden Auftrag der Mitgliederversammlung die Arbeit des IZD in der Bundesrepublik (+ Algerien + Griechenland +++) leichtfertig zu gefährden, nur um zwei oder drei Freiwillige in das Lager bei Potsdam zu schicken, von dem man zuvor weder sagen konnte, ob es ein totaler Mißerfolg, eine kommunistische Propagandaaktion ersten Ranges, noch ob es überhaupt stattfinden würde.

Zu Beginn der Aussprache hatte eine französische Teilnehmerin an dem Potsdamer Dienst einen recht ausführlichen Bericht über das Lager gegeben und den deutschen Zweig zu einer Beteiligung an zukünftigen Arbeitslagern in der DDR aufgerufen. Als abends nach 8 Uhr die Diskussion vertagt werden mußte, hatte ich jedoch den Eindruck, daß die versammelten Mitglieder angesichts der vom Vorstand dargelegten Gründe einen gut Teil ihrer Aufbruchstimmung, ihres Schwunges wieder eingebüßt hatten. Darum bin ich auch von der Ernsthaftigkeit einer Meinungsumfrage noch nicht ganz überzeugt, welche am nächsten Vormittag stattfand und bei der sich 25 Freunde für die Beteiligung an zukünftigen DDR-Diensten "unter allen Umständen" aussprachen. Immerhin zeigte diese den Willen eines großen Teiles unserer Mitglieder, für eine Beteiligung an der Arbeit in der DDR auch eine Einschränkung unserer Tätigkeit in der Bundesrepublik in Kauf zu nehmen. Der Mitgliederversammlung im März wird es vorbehalten sein, hier klare Beschlüsse zu fassen.

Der Vorstand wurde in Offenbach gebeten, in Gesprächen mit den beteiligten Bonner Stellen zu klären, in wieweit diese einer Beteiligung des IZD an Lagern in der DDR zustimmen bzw. eine solche zu tolerieren geneigt sind. Heinz-Gerhard Oelmann und Lutz Caspers werden im Auftrage des Vorstandes noch in diesem Monat persönlich im Familienministerium vorsprechen.

Nach meiner persönlichen Meinung gibt es für den Zivildienst zur Zeit nur zwei Möglichkeiten :

- a) der IZD beteiligt sich an einem Dienst in der DDR in einem Rahmen, der den Realitäten der Bonner Politik entspricht, das heißt primär, wir arbeiten nur mit einer "nicht-politischen" Organisation zusammen (also nicht mit der FDJ) oder
- b) der IZD verzichtet auf die Unterstützung aus dem Bundesjugendplan, auf die sich anbahnende Zusammenarbeit mit der "Deutschen Entwicklungsdienst GmbH" und die Anerkennung als Trägerorganisation für den zivilen Ersatzdienst und erklärt die Durchführung von Diensten in der DDR – auch mit der FDJ – öffentlich zu seinem Ziel.

Es hieße Sand in unsere eigenen Augen streuen, wollten wir dies nicht in aller Klarheit erkennen oder uns in der Hoffnung wiegen, es werde schon so schlimm nicht kommen. Wir sollten uns daher unsere weiteren Schritte sehr sorgfältig überlegen und diese nicht überstürzen. Ich für meinen Teil wäre durchaus bereit, für einen Einsatz in der DDR zu stimmen.

So viel für heute. Bitte entschuldigt, daß ich nicht alle Eure Fragen beantworte, dies ist mir aber einfach zeitlich nicht möglich.

Herzliche Grüße

Bertram

Durchschriften an :

die Vorstandsmitglieder
Sekretariat Hamburg
Uschi Mähler